



Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (II) – Themengebundene Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

Zum Mitnehmen

- Es liegt im deutschen Interesse, aufstrebende Mächte in das bestehende Institutionengefüge der internationalen Beziehungen einzubinden. Deshalb sollte sich Berlin dafür einsetzen, Partner unter den neuen Mächten in dringlichen internationalen Themenfeldern zu identifizieren und themengebundene Partnerschaften einzugehen und zu fördern.
- Um Deutschlands neue Verantwortung in der Welt mit Leben zu füllen, sollte das Engagement in den Friedensmissionen der Vereinten Nationen personell und materiell verstärkt werden. Dadurch kann die Bundesrepublik ihre Sichtbarkeit gegenüber den Schwellenländern erhöhen und zum Lastenausgleich zwischen globalem Süden und Norden beitragen.
- Die schnelle Verbreitung von Infektionskrankheiten wird in einer globalisierten Welt immer wahrscheinlicher und erhöht die Gefahr von Epidemien und Pandemien. Deutschland sollte sich mit seinen Partnern dafür einsetzen, dass lokale Gesundheitssysteme gestärkt, die Ausbrüche von Krankheiten früh erkannt und bekämpft sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Krankheitsausbrüchen abgemildert werden.
- Deutschland besitzt seit 2002 eine verpflichtende Nachhaltigkeitsstrategie und nimmt damit eine internationale Pionierrolle im Bereich nachhaltige Entwicklung ein. Die Bundesrepublik sollte die Partnerländer bei der Erstellung eigener Strategien unterstützen, vor allem mit Blick auf die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure.

Vorwort: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik

INHALT

2 | Vorwort:
Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik

2 | 1. Themengebundene Partnerschaften:
Gestaltungsfähigkeit und Neue Mächte

3 | 2. Drei vielversprechende Arbeitsfelder

8 | 3. Ausblick

Deutschland muss mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen. Das forderte Bundespräsident Joachim Gauck gemeinsam mit dem Außenminister und der Verteidigungsministerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014. Ausgangspunkt der Debatte ist Deutschlands neue Stärke. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat es die Wirtschafts- und Finanzkrise nahezu unbeschadet überstanden und ist ökonomisch gefestigt. Darüber hinaus weist Deutschland eine herausragende politische Stabilität auf. Aus dieser neuen Macht erwächst die Verantwortung, sich stärker als bisher für den Erhalt der liberalen Weltordnung einzusetzen, von der Deutschland als Handelsnation überdurchschnittlich stark profitiert. Angesichts der Kriege und Konflikte in Europa und seiner Nachbarschaft, in der Ukraine und im Nahen Osten, erfährt die Debatte über die neue deutsche Verantwortung in der internationalen Politik besondere Resonanz.

Wie soll aber konkret Deutschlands neue Verantwortung in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät, aussehen? Welche Instrumente sollen gestärkt werden? Und welche Initiativen sollte die Bundesregierung anstoßen und vorantreiben?

Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Papiere erstellt. Diese beziehen sich auf die drei Bereiche, in denen die Übernahme von mehr Verantwortung besonders dringlich erscheint: die anstehende deutsche OSZE-Präsidentschaft (I) sowie die Themenfelder Partnerschaften (II) und Sicherheitspolitik (III). Der außenpolitische Nachwuchs gibt darin konkrete Anregungen, wie und wo „Verantwortung“ mit politischem Leben gefüllt werden kann.

1. Themengebundene Partnerschaften: Gestaltungsfähigkeit und Neue Mächte

Es besteht weitestgehend Konsens im eigenen Land und international, dass Deutschland von der westlich geprägten Weltordnung stark profitiert hat. Bis heute gilt, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Institutionengefüge die Teilhabe und den Aufstieg anderer Staaten nicht nur möglich macht, sondern sogar fördert. Deutschland hat daher ein Interesse daran, dass das institutionelle Geflecht der internationalen Beziehungen gestärkt wird. Dazu müssen aufstrebende Staaten in dieses Gefüge eingebunden werden, denn deren Gestaltungsanspruch lässt sich am besten innerhalb der bestehenden Institutionen produktiv nutzen. Wenn diese Staaten ihren Gestaltungsanspruch dort blockiert sehen sollten, werden sie dazu neigen, konkurrierende Institutionen aufzubauen. Das ist nicht im Interesse Deutschlands.

Einen Ansatzpunkt zur Stärkung sowohl der globalen Institutionen als auch der Rolle Deutschlands und seiner Partnerländer bieten vor allem die Themen, die 2015 ohnehin schon auf der Agenda der internationalen Gemeinschaft stehen, aber weit über dieses Jahr hinausweisen: Friedensmissionen der Vereinten Nationen, der Umgang mit Pandemien und Krankheiten sowie schließlich die Unterstützung bei der Umsetzung der *Sustainable Development Goals* (SDGs). In diesen Bereichen werden derzeit unter aktiver Mithilfe und Initiative der Bundesrepublik wichtige Weichen gestellt, so mit dem neuen Bericht zur Reform des Peacekeeping (Brahimi II)¹, mit den weitreichenden Selbstverpflichtungen der G7 im Bereich der globalen Gesundheit² oder mit dem Post-2015-Prozess³, der im September mit

Durch themengebundene Partnerschaften kann Deutschland Staaten identifizieren, deren Bedeutung wächst und mit denen eine konstruktive Gestaltungspartnerschaft möglich ist.

der Verabschiedung der Agenda für Nachhaltige Entwicklung seinen Anfang genommen hat. In diesen drei Verantwortungsbereichen hat die Bundesrepublik über ihr Engagement hinaus auch ausgeprägte Stärken. Diese effizienter einzusetzen, würde auch dem Anspruch der Bundesregierung gerecht, den sie 2012 im sogenannten Gestaltungsmächtekonzept⁴ festgeschrieben hat. Themengebundene Partnerschaften können Berlin darüber hinaus helfen, Staaten zu identifizieren, die an Profil und Bedeutung gewinnen werden und die über einzelne Themen hinaus zu wirklichen, konstruktiven Gestaltungspartnern in der Weltordnung werden können. Daher sollen in diesem Beitrag einige vielversprechende Arbeitsfelder der EZ betrachtet werden, in denen Deutschland mehr tun kann und sollte. Besonderes Augenmerk liegt dabei weiterhin auf der Frage, mit welchen Partnern diese Themen verbunden und vorangetrieben werden können, um einen möglichst großen Beitrag zur globalen Problemlösung in diesen Feldern zu leisten.

2. Drei vielversprechende Arbeitsfelder

2.1 Mehr Engagement in Friedensmissionen der Vereinten Nationen

Mit mehr als 126.000 Soldaten in 16 Blauhelmissionen weltweit bleiben die Vereinten Nationen die wichtigste friedensschaffende Organisation. Während die Zahl der Einsätze konstant bleibt, sind die Vereinten Nationen zunehmend auch in besonders risikoreichen Umfeldern aktiv. Der im Juni veröffentlichte Bericht des Independent High-Level Panel on Peace Operations schlägt daher weitreichende Reformen vor. Deutschland sollte den VN-Friedenseinsätzen neben dem nötigen politischen auch deutlich mehr materiellen und personellen Rückhalt geben.

Obwohl gerade auch die westlichen Staaten ein Interesse am Erfolg der Blauhelmissionen haben sollten, zeigen die Statistiken vor allem einen ungebrochen Abwärtstrend im europäischen Engagement. Die größten Truppensteller in VN-geführten Missionen kommen derzeit aus Asien. Selbst das lange einer Kultur der Zurückhaltung verpflichtete China vergrößert seinen Fußabdruck bei Blauhelmissionen stetig. Mit mehr als 70.000 Soldaten übernehmen derzeit vor allem afrikanische Staaten und Organisationen immer mehr Verantwortung. In Haiti schultern unter der Führung Brasiliens weit überwiegend lateinamerikanische Blauhelme Verantwortung für die Stabilisierung ihrer Weltregion. Von finanzieller Unterstützung einmal abgesehen, ist das deutsche Engagement jedoch marginal: Aktuell stehen nur etwa 200 deutsche Soldaten und Polizisten unter dem Kommando der VN. Das zeitweise sehr starke Engagement bei ISAF in Afghanistan zeigt jedoch, dass Deutschland durchaus Auslandseinsätze in größerem Umfang durchführen kann.

Eine ausgewogenere Lastenverteilung zwischen globalem Norden und Süden würde dem Ruf nach mehr sicherheitspolitischem Engagement Deutschlands gerecht werden und es der Bundesrepublik erlauben, Führungsqualitäten in diesem Verantwortungsbereich zu zeigen. Hierfür braucht Deutschland Partner, mit denen die Verantwortung für den globalen Frieden geteilt werden kann. Ein solches Engagement würde Deutschlands Position innerhalb der VN stärken und seine Sichtbarkeit unter den aufsteigenden Mächten erhöhen. Weiter gedacht könnte dies eine vertiefte Kooperation auch auf anderen Gebieten wie Handel, Klimaschutz und Technologie bewirken. Auch seitens der Öffentlichkeit ist mit Unterstützung zu rechnen: 74% der Deutschen sind für die Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen.⁵

2.1.1 Handlungsempfehlungen

a) Fähigkeitslücken schließen

Vielen der afrikanischen und asiatischen Friedenstruppen fehlt es an angemessener Ausstattung und Ausbildung. Diese Lücken sind besonders gefährlich, wenn Blauhelme von bewaffneten Gruppen oder Terroristen angegriffen werden. Sie behindern auch den Schutz von Zivilisten, der in vielen Mandaten von Friedenseinsätzen inzwischen als Ziel enthalten ist. Nicht nur nach Einschätzung der Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr (die sog. Ruhe-Kommission) wird der „Bedarf der Vereinten Nationen an militärischen Hochwertfähigkeiten“ weiter steigen. Deutschland hat zwar schon ein Transportflugzeug nach Mali geschickt und ein Feldhospital in der Nähe der Hauptstadt Bamako errichtet, aber für die Ertüchtigung etwaiger Schlüsselpartner kann Deutschland deutlich mehr tun. Deutschland kann dabei auf die Fähigkeiten und Erfahrungen aus Afghanistan zurückgreifen. Kritische Bereiche für ein verstärktes deutsches Engagement sind militärische Aufklärung, Lufttransport, Pionierwesen, medizinische Versorgung, Ausrüstung und Ausbildungshilfe. Diese Ertüchtigung kann neben dem unmittelbaren Fähigkeitsaufwuchs auch längerfristige positive Effekte zeitigen, etwa im Bereich des zivilen Oberbefehls über die Streitkräfte der Partnerländer und ihrer weiteren demokratischen Einbindung.

b) Truppen bereitstellen

Vor allem aber muss sich Deutschland viel stärker mit eigenen Truppen an Blauhelmissionen beteiligen. Noch immer ist der Großteil der deutschen Truppen und Polizeikräfte in NATO- und EU-Missionen im Einsatz. Aber eine erweiterte internationale Wirkungskraft verlangt auch eine verstärkte Beteiligung der Bundesrepublik an VN-Friedensmissionen. Ein solches Engagement würde ein wichtiges Signal an potenzielle Partner mit großem Fußabdruck in Blauhelmissionen außerhalb des Nordatlantikraumes senden, dass die oft schwierigen und undankbaren Friedensmissionen der VN nicht auf Schwellen- und Entwicklungsländer abgewälzt werden. Die Niederländer beispielsweise haben ihre heimkehrenden Truppen aus Afghanistan, die exzellent ausgebildet und kampferprobt sind, erfolgreich in Mali eingesetzt. Wenn Deutschland dieses wichtige Feld mit großer Signalwirkung nicht allein den aufstrebenden Schwellenländern überlassen will, ist ein größeres Truppenengagement dringend notwendig – allein und mit Partnern aus dem europäischen und transatlantischen Werteverbund.

2.1.2 Partner

Als Partner bieten sich vor allem jene Staaten an, die bereits Bereitschaft gezeigt haben, sich bei Blauhelmissionen besonders zu engagieren, wie Indien, Nigeria oder Brasilien, aber auch Argentinien, das in Südamerika das regionale Ausbildungszentrum für Blauhelme unterhält. Gerade in Afrika haben sich zusätzlich regionale Formate bei Friedensmissionen bewährt. Unter den zwanzig größten Truppenstellern in Blauhelmissionen gibt es zudem eine Reihe von Staaten, die auch die Werte Deutschlands teilen und sich bei Ausbau und Stärkung der Vereinten Nationen und ihrer friedensschaffenden Missionen geradezu aufdrängen:

- Asien: Indien und Nepal
- Afrika: Senegal, Ghana und Nigeria
- Lateinamerika: Argentinien, Brasilien und Uruguay
- Multilaterale Organisationen: VN, Afrikanische Union, Economic Community of West African States (ECOWAS)

Deutschland sollte dazu beitragen, bei VN-Einsätzen Fähigkeitslücken im Bereich militärische Hochwertfähigkeiten zu schließen.

2.2 Weltgesundheit

In einer stetig stärker vernetzten Welt wird die Gefahr von sich schnell verbreitenden Infektionskrankheiten immer größer. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Weltgesundheit ist die Vermeidung bzw. Bekämpfung von Epidemien und Pandemien. Deren humanitäre, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Auswirkungen sind gravierend: Der Ausbruch der jüngsten Ebola-Epidemie 2014 hat mehr als 11.000 Menschen das Leben gekostet. Die wirtschaftlichen Folgen der Epidemie beziffert die Weltbank für Guinea, Liberia und Sierra Leone auf einen Einbruch des Wirtschaftswachstums um 1,6 Milliarden US-Dollar. Langfristig werden Bildungslücken – oftmals kehren Kinder, die während einer Epidemie aufgehört haben, zur Schule zu gehen, nicht wieder in die Schule zurück – das wirtschaftliche Potenzial der betroffenen Länder weiter mindern. Sicherheitspolitisch bergen Epidemien die Gefahr einer gezielten Ausbreitung der Krankheit durch Terroristen (Krankheiten als Waffe). Hinzu kommt, dass der Zusammenbruch eines ohnehin fragilen Staatswesens – wie das Beispiel Liberia zeigt – durch den Ausbruch und die mangelnde Einhegung einer Epidemie beschleunigt wird. Einzelnen, aber insbesondere in ihrer Summe, verlangen diese negativen Folgewirkungen nach einer Ausweitung des Engagements. Neben diesen objektiven Notwendigkeiten sprechen auch Deutschlands spezifische Fähigkeiten für einen Ausbau seines Engagements in diesem Verantwortungsbereich. So besitzt Deutschland mit international renommierten Instituten wie dem Robert-Koch-Institut in Berlin und dem Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg auch die personellen, wissenschaftlichen und materiellen Voraussetzungen, um die Bekämpfung von Epidemien und Pandemien zu intensivieren, indem das Land nicht nur „hardware“ exportiert, sondern auch Multiplikatoren in den betroffenen Ländern schult.

2.2.1 Handlungsempfehlungen

a) Stärkung lokaler Gesundheitssysteme

Der von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Geberkonferenz der globalen Impfallianz (GAVI) vorgestellte Sechs-Punkte-Plan legt ein Augenmerk auf die Stärkung des Basis-Gesundheitssystems in überdurchschnittlich bedrohten Staaten. Deutschland muss auch weiterhin ganzheitlich denken und die Stärkung lokaler Gesundheitssysteme etwa durch Finanzierung und Ausbildung von Gesundheitsfachkräften an allen drei Fronten – der Vermeidung, der Früherkennung und der Bekämpfung – zur Priorität machen. Dieses Beispiel zeigt, wie die angekündigten Maßnahmen wesentlich effektiver in Zusammenarbeit mit Verantwortungspartnern auf verschiedenen Kontinenten umgesetzt werden können. Länder wie Nigeria, Senegal und Mali, die mithilfe ihrer guten Beobachtungs-Infrastruktur und den notwendigen Laboren während der Ebola-Epidemie Schlimmeres verhindern konnten, bieten sich hierbei als Partner an. Verantwortung übernehmen bedeutet in diesem Fall nicht nur selber handeln, sondern auch andere Akteure mit ins Boot zu holen, sodass an einem Strang gezogen werden kann.

b) Reaktionsfähigkeit stärken

Ausbrüche von Infektionskrankheiten können nie ganz verhindert werden, wie die jüngsten Fälle von MERS-CoV (Middle East Respiratory Syndrome, einer Infektionskrankheit aus der Familie der Coronaviren) in einem so entwickelten Land wie Südkorea zeigen. Umso dringender müssen die Kapazitäten im Gesundheitswesen ausgebaut werden, um in Deutschland aber auch im Ausland schnell und effektiv reagieren zu können. Dies umfasst zum Beispiel Fieberchecks in öffentlichen Räumen, insbesondere an Flughäfen und anderen Knotenpunkten, sowie eine höhere

Deutschland besitzt spezifische Fähigkeiten und Ressourcen, um die Bekämpfung von Epidemien / Pandemien weltweit zu intensivieren.

Der Ausbruch von Krankheiten kann in einer globalisierten Welt nie komplett verhindert werden. Umso wichtiger ist die frühe Entdeckung von gefährlichen Pathogenen.

Zahl an Quarantänemöglichkeiten. China könnte in diesem Bereich ein Partner für den wechselseitigen Austausch mit Deutschland sein, da die sofortigen und umfassenden Reaktionen auf die ersten H7N9-Fälle oder den Verdacht auf H1N1-Infektionen (beides Viren, die Vogelgrippe verursachen) gezeigt haben, dass wertvolle und richtige Lehren aus der ersten Vogelgrippe-Welle (H5N1), die im Jahr 2003 begann, gezogen wurden.

c) Andere Lebensbereiche immunisieren

Neben diesen unmittelbaren gesundheitspolitischen Maßnahmen müssen vor allem sicherheitspolitische und wirtschaftliche Konsequenzen von Epidemien abgemildert werden. Konkret geht es darum, andere Lebensbereiche selbst bei Ausbruch von Epidemien gewissermaßen zu immunisieren: Singapur führt seit dem Ausbruch der Vogelgrippe jährlich sogenannte „e-learning“-Wochen durch und probt dabei den Ernstfall wie die Schließung von Schulen und Universitäten zur Ansteckungsvermeidung. Solche Maßnahmen können dafür sorgen, dass ein Land nach einer Epidemie nicht wieder bei Null beginnen muss.

2.2.2 Partner

Als Partner bieten sich vor allem jene Staaten an, die in den vergangenen Jahren sowohl ein Interesse an der Forschung und Weiterentwicklung von Medikamenten gezeigt haben (auch im Generika-Bereich, wie Indien und Brasilien), als auch die Schaffung von widerstandsfähigen Strukturen bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen gestellt haben. Diese Länder leisten dadurch wichtige Arbeit auch für ihre Nachbarstaaten. China und Indien sind darüber hinaus schon durch ihre Größe auch aufstrebende Leitmärkte für Gesundheitstechnologien aller Art:

- Asien: Singapur, China und Indien
- Afrika: Nigeria, Senegal und Mali
- Lateinamerika: Chile, Argentinien und Brasilien
- Internationale Organisationen: WHO, Global Health Funds, Bill and Melinda Gates Stiftung

2.3 Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele

Nach Verabschiedung der Agenda für nachhaltige Entwicklung im September sind nun alle Unterzeichnerstaaten aufgefordert, ambitionierte nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu definieren und diese dann schrittweise bis 2030 umzusetzen. Diese Strategien stellen die nationalen Fahrpläne zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dar. Gute Umsetzungsstrategien sind also das Fundament für den weiteren Entwicklungserfolg aller Staaten – ganz besonders aber für die Länder mit den größten Defiziten. Diese Staaten auf ihrem Weg zu unterstützen, ist folglich ein Beitrag zur nationalen wie zur globalen Nachhaltigkeit. Deutschland hat in diesem Verantwortungsbereich eine Pionierrolle eingenommen: Seit 2002 existiert eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie⁶, der alle staatlichen Ebenen in Deutschland verpflichtet sind und die alle vier Jahre über ausführliche Fortschrittsberichte⁷ überprüft und erneuert wird; alle zwei Jahre werden Indikatorenberichte erstellt, die anhand von 21 Indikatoren Entwicklungen in den Kernbereichen nachhaltiger Politik darstellen; seit 2010 gibt es darüber hinaus ein Maßnahmenprogramm. Der Planungshorizont liegt dabei nicht auf den kommenden fünfzehn Jahren, sondern auf dem Zieljahr 2050. Nachhaltigkeit ist in diesem Zusammenhang ein komplexer Begriff, der ökonomische, ökologische und soziale Dimensionen umfasst. Ziel der hier vorgeschlagenen Unterstützung ist daher

Deutschland sollte Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln, die individuell auf Partner zugeschnitten sind.

nicht, in allen Ländern alle Nachhaltigkeitsthemen zu bearbeiten, also überall alles zu machen. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen geht es vielmehr darum, mit starken Partnern in den Weltregionen die Themen zu identifizieren, die dort den größten Mehrwert in diesem Bereich erzielen. Der abstrakte Begriff der „Nachhaltigkeit“ muss letztlich im Dialog mit den Partnern konkretisiert werden. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung der Partnerländer bei der Formulierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien ein zentrales Element der vielzitierten „Hilfe zur Selbsthilfe“.

2.3.1 Handlungsempfehlungen

a) Strategiefähigkeit verbessern

Nachhaltigkeit beginnt mit der Definition von Schwerpunkten und Strategien. Der umfassende Katalog der SDGs muss den Bedingungen und Bedürfnissen der einzelnen Staaten entsprechend zunächst geordnet und priorisiert werden, denn nicht alle Entwicklungsziele können bei knappen Mitteln für alle Staaten gleich wichtig sein. Das dazu benötigte Wissen liegt vor allem in den Partnerländern selbst. Um es zu heben bedarf es eines breiten Stakeholderansatzes innerhalb der jeweiligen Staaten und damit verbunden eines umfassenden nationalen Dialogs zwischen Staat, Wissenschaft, Kirchen und Zivilgesellschaft. Damit Wissen möglichst frei zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zirkulieren kann und vor allem immer wieder erneuert werden kann, muss die Möglichkeit zum Austausch zwischen Staat und Expertiseträgern verbessert werden. Deutschland kann die Partnerländer bei der Formulierung von Nachhaltigkeitsstrategien unterstützen. Auch eigene Strategieerfahrung, wie sie zuletzt etwa bei der Formulierung der Zukunftscharta des BMZ oder auch beim Review-Prozesses des Auswärtigen Amtes unter Beweis gestellt wurde, können sinnvoll eingebracht werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Anhörung und Aufwertung von Kommunen und Wissenschaft in den Partnerländern gelegt werden. Hier können einerseits mit deutscher Unterstützung die entsprechenden Rechtsgrundlagen für diese Anhörungspflichten geschaffen werden. Andererseits kann über Wissenschaftsförderung und Hochschulkooperationen die Kapazitäten zur endogenen Wissensgenerierung ausgebaut werden.

b) Umsetzung stärken

Nachhaltigkeit braucht Institutionen und Kontrolle. Die Umsetzung und kontinuierliche Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategien benötigt einen funktionierenden Staat, denn nur er hat die Kompetenzen zur Steuerung und Durchsetzung in diesem Bereich. Daher müssen staatliche Institutionen in den Partnerländern in all ihren Funktionen weiter professionalisiert werden: Als Expertiseträger, Regulierer, Umsetzer, Kontrolleur und Durchsetzer von Regeln in den für die jeweiligen Staaten relevanten Nachhaltigkeitsfeldern (etwa, neben den stärker handwerklichen Fähigkeiten in der Formulierung von Strategien an sich, im Bereich des Wassermanagements, der nachhaltigen Landwirtschaft oder des Umbaus menschlicher Siedlungen). Damit staatliches Handeln dem Gemeinwohl dient und nicht finanzstarken Partikularinteressen, müssen aber auch nationale wie lokale Akteure aus den Zivilgesellschaften in den Partnerländern in die Lage versetzt werden, ihre Funktion als „watchdogs“ und unabhängige Expertiseträger effektiv zu erfüllen. Neben der Unterstützung beim staatlichen Institutionenaufbau sollte hier die Netzwerkbildung in Staat und Zivilgesellschaft gezielt gefördert werden (Austausch mit deutschen Staatsbediensteten auf allen Verwaltungsebenen, nationaler und internationaler Dialog mit Vertretern von NGOs, INGOs). Schließlich gehört hierzu auch die gezielte Förderung und Ausstattung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem ihrer Monitoring-Kapazitäten.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategien sollten staatliche Institutionen professionalisiert und zivilgesellschaftliche Akteure aktiv in den Prozess eingebunden werden.

c) Regionale Ausstrahlung unterstützen

Nachhaltigkeit braucht regionale Multiplikatoren. Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet nicht nur, dass sich Deutschland in den Dienst der nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern selbst stellt. Vielmehr bedeutet dies auch, die Partner als Gestaltungsmächte in ihrer regionalen Führungsrolle Ernst zu nehmen: Ihre regionale Leuchtturm- und Multiplikatorfunktion sollte daher gezielt ausgebaut und zur Maximierung der Nachhaltigkeitsgewinne in deren Weltregionen genutzt werden. Die Partnerländer sollen also in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und ihren Weltregionen aktiv Unterstützung im Nachhaltigkeitsbereich leisten. Deutschland allein kann diese regionale Dimension zwar nicht ausfüllen, doch über multilaterale und regionale Kooperationsformate wie etwa Dreieckskooperationen in für die jeweiligen Weltregionen wichtigen Nachhaltigkeitsfeldern kann dies gemeinsam mit den Partnerländern geleistet werden. Beispiele wären in der regionalen Gesundheitsvorsorge oder der regionalen Ernährungssicherung denkbar.

2.3.2 Partner

Nationale Umsetzungskraft zu stärken bedeutet auch, zur Stärkung von Staatlichkeit in den Partnerländern beizutragen, was auch in anderen Politikfeldern positive Langzeiteffekte zeitigen kann – vor allem in jenen Ländern, die für die globale nachhaltige Entwicklung besonders wichtig sind. Beispiele wären hier Indonesien oder Brasilien wegen ihrer ausgeprägten Biodiversität. Indien ist ein potentieller Leitmarkt für nachhaltige Technologien (z.B. Elektromobilität), während China durch seine schiere Bevölkerungszahl und seine Regulierungsstärke eines der wichtigsten Nachhaltigkeitslabore auf der Welt darstellt (z.B. bei der Dekarbonisierung). Weitere interessante Partner, die auch selbst einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung leisten können, wären Südafrika oder Mexiko, die z.B. über potente Wissenschaftssysteme verfügen, die selbst Forschung in entwicklungsrelevanten Bereichen betreiben.

- Asien: Indonesien, Indien und China
- Afrika: Südafrika, Kenia und Ghana
- Lateinamerika: Brasilien, Mexiko und Kolumbien
- Internationale Organisationen: UNDP, UNEP, Regionalkommissionen der VN

3. Ausblick

Die Bundesregierung hat nie Zweifel daran gelassen, dass die von ihr angestrebte Führungsrolle kein Selbstzweck ist. Vielmehr geht es für Deutschland darum, seinem wirtschaftlichen und politischen Gewicht gerecht zu werden und dementsprechend global Verantwortung zu übernehmen. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Bundesregierung vor allem gemeinsam mit Partnern gestaltend tätig sein will. Die hier aufgezeigten Verantwortungsbereiche gelangen zwar in diesem Jahr auf die Tagesordnung, weisen aber in ihrer Bedeutung weit über das Jahr 2015 hinaus. Eine nachhaltig agierende Führungsnation sollte sich dieser Themen also annehmen.

Auffällig ist in der Analyse, dass sich einige Staaten durch ihre eigene Pionier- und Führungsrolle als Partner anbieten. Sie sind schon jetzt Multiplikatoren in ihren Weltregionen, die im Zentrum verschiedenster Netzwerke stehen (Handel, Kommunikation, Transport, Wissen). Einige dieser Partner teilen zentrale westliche Werte und werden in den kommenden Jahren an internationaler Bedeutung mit der Bundesrepublik mindestens gleichziehen: Nigeria in Afrika, Indien in Asien oder Brasilien in Lateinamerika. Mit Einschränkungen bei der Werteverbundenheit gilt

Die Verantwortungsbereiche Friedensmissionen der VN, globale Gesundheit und nachhaltige Entwicklung weisen in ihrer Bedeutung weit über das Jahr 2015 hinaus.

dies aber auch für einen Staat wie China, der in vielen Bereichen globaler Ordnung schon heute von zentraler Bedeutung ist. Neben diesen etablierten Führungsmächten gibt es jedoch auch kleinere Staaten wie Argentinien, Senegal, Ghana oder Singapur, die themengebundene Führung in ihren Regionen ausüben und als Gestaltungsmächte, Multiplikatoren und privilegierte Kooperationspartner ebenfalls zur Verfügung stünden. Schließlich sollten internationale Organisationen – zum Beispiel im Gesundheitsbereich vorrangig die WHO – im Rahmen von Gestaltungspartnerschaften in ihrer Koordinierungsfunktion gestärkt werden.

Für Deutschland bedeutet dies zweierlei: Erstens ist eine Verengung von Gestaltungspartnerschaften auf wenige große Partnerstaaten nicht zwingend und in Weltregionen mit sich entwickelnden regionalen Hierarchien auch nicht zielführend. Zweitens muss die Bundesrepublik trotz wertegebundener Außenpolitik eben doch auch mit wichtigen, aber schwierigen Partnern thematisch kooperieren können. Auch Autokratien können im begründeten Einzelfall einen Mehrwert für die Global Governance liefern.

Durch themenbezogene Partnerschaften kann Deutschland mehr erreichen, als nur die eigene Verantwortung angemessen wahrzunehmen: Sie bieten die Gelegenheit, Partnerschaften von langer Dauer zu bilden, die auch über das konkrete Thema hinaus die Weltordnung in unserem Sinne festigen können.

Um einen Mehrwert für die Global Governance zu schaffen, muss die Bundesrepublik auch mit schwierigen Partnern kooperieren.

- 1| *High-Level Independent Panel on UN Peace Operations: "Uniting Our Strengths for Peace: Politics, Partnership and People"*, New York, 2015. http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/70/95
- 2| *G7 Germany: "Abschlussklärung: Think Ahead. Act Together. An morgen denken. Gemeinsam handeln."*, Elmau, 2015. https://www.bundesregierung.de/Content/EN/_Anlagen/G7/2015-06-08-g7-abschluss-deu.html;jsessionid=E23A2B038D32085A55105A95A7818A52.s2t1?nn=447370
- 3| *Open Working Group: "Proposal for Sustainable Development Goals"*, New York, 2015. <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgsproposal>.
- 4| *Bundesregierung: „Globalisierung gestalten - Partnerschaften ausbauen - Verantwortung teilen“*, Berlin, 2012. <https://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/608384/publication-File/169965/Gestaltungsmaechtekonzep.pdf>
- 5| *Umfrage durchgeführt von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der Körber-Stiftung; April/Mai 2014 (repräsentative Erhebung mit 1.000 Befragten)*. <http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/sonderthemen/umfrage-aussenpolitik.html>
- 6| *Bundesregierung: „Perspektiven für Deutschland“*, Berlin 2002. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- 7| *Bundesregierung: „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012“*, Berlin 2013. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/2012-05-21-fortschrittsbericht-2012-barrierefrei.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung

Informationen unter
www.kas.de/jungeaussenpolitiker

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

E-Mail: patrick.keller@kas.de

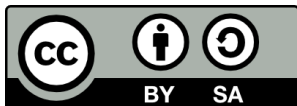
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-158-3

www.kas.de



*Der Text dieses Werkes ist
lizenziert unter den Bedingun-
gen von „Creative Commons
Namensnennung-Weitergabe
unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland“,
CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter:
[http://creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))*

*Bildvermerk Titelseite
© picture-alliance/dpa,
Foto: Gero Breloer*